Gemeinde Südlohn

Niederschrift über die Sitzung

Gremium: Haupt- und Finanzausschuss
vom: 21.11.2018

10. Sitzungsperiode / 06. Sitzung

Ort: Großer Sitzungssaal
Beginn: 18:02 Uhr
Ende: 19:53 Uhr

Anwesenheit:

I. Mitglieder:

1. Herr Robert Bratus
2. Herr Hermann-Josef Frieling
3. Herr Michael Schichel (ab TOP I.2.)
4. Frau Christel Sicking Stellv. Vorsitzende
5. Herr Günter Bergup
6. Frau Rita Penno
7. Herr Siegfried Reckers
8. Herr Maik van de Sand

II. Entschuldigt:

1. Bürgermeister Herr Christian Vedder
2. Herr Ingo Plewa
3. Herr Heinrich Icking
4. Herr Klemens Lüdiger

III. Verwaltung:

1. AL 20 - Martin Wilmers
2. stv. AL 20 - Frau Birgit Küpers

IV. Gäste

1. Herr Marcus Egelkamp, GF KAAW TOP I.2.

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht, so dass diese festgestellt wird.

I. Öffentlicher Teil:

TOP 1.: Anerkennung der Niederschrift der letzten Sitzung

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Einwendungen gegen die Niederschrift vom 17.01.2018 werden nicht erhoben. Sie ist damit anerkannt.

Beschluss: -/-

TOP 2.: Digitalisierung der Verwaltung - zukünftige Erfordernisse und Strategien

Sitzungsvorlage-Nr.: 146/2018

Herr Egelkamp von der KAAW (kommunale ADV-Anwendergemeinschaft West) erläutert den Stand der Digitalisierung und die Entwicklung der Digitalisierungsstrategien anhand einer Powerpoint-Präsentation, die dieser Niederschrift in der Anlage beigefügt ist.

Besonders betont er die Notwendigkeit, auf lange Sicht die bestehenden Strukturen zu vernetzen, damit die angebotenen Leistungen auch einfach vom Bürger zu finden und zu nutzen sind.

Ein Stellenabbau sei durch die Digitalisierung nicht zu erwarten, da die digitalen Verfahren – wie die **SPD Fraktion** richtigerweise einwendet – den persönlichen Kontakt nicht ersetzen können und somit zumindest für eine Übergangszeit auch parallel angeboten werden müssen. Aber auch in sensiblen Bereichen kann im Sinne des Bürgers der Behördengang vereinfacht werden, indem zum Beispiel vorab bereits Informationen und Anträge über das Internet einsehbar und nutzbar gemacht werden.

Erstes Ziel sei es, vor allem die „Massengeschäfte“ wie zum Beispiel die Bearbeitung der Abgabenbescheide, zu optimieren, soweit dies datenschutzrechtlich und nach anderen gesetzlichen Bestimmungen möglich sei. Die von der **Grüne-Fraktion** angesprochene Problematik, dass Daten auf Bundes- /Landes- und Kommunaler Ebene mehrfach angelegt und vorgehalten werden, ist nach Ansicht von **Herrn Egelkamp** der föderalen Struktur in Deutschland geschuldet. Dennoch kann dies auch als Vorteil gesehen werden, da sich so evtl. Angriffe von außen (Hacker) nicht auf alle Ebenen niederschlagen. Eine Änderung dieser Strukturen kann jedoch – sofern dies gewollt ist – nicht Aufgabe der Kommunen sein, sondern muss vom Bund ausgehend erfolgen.

Auf Nachfrage der **CDU-Fraktion** erläutert **Herr Egelkamp**, dass die KAAW kein eigenes Rechenzentrum ist, das die Daten aller Kommunen zentral vorhält. Der Ansatz liegt mehr in der Vernetzung der Kommunen im Hinblick auf die Bewältigung identischer Aufgaben.

Darüber hinaus sollen durch möglichst standardisierte Softwarelösungen Synergieeffekte hinsichtlich der Anschaffung und Wartung der Software angestrebt werden. Eigene Programme erstellt die KAAW nicht. Sie sieht sich mehr als Dienstleister im Bereich „IT-Service“.

Die Arbeitsweise erläutert **Herr Egelkamp** am Beispiel des Kooperationsmodells für den Datenschutz. Diese kommunenübergreifende Problematik wird gemeinsam mit den kooperierenden Kommunen erarbeitet. So kann jede beteiligte Kommune vom know-how der anderen durch die von der KAAW gebotene Vernetzung profitieren.

Beschluss: **Kenntnisnahme**

TOP 3.: Änderung der künftigen Haushaltssatzung - Antrag der Grüne-Fraktion vom 17.01.2018

Sitzungsvorlage-Nr.: 95/2018

Die **Grüne-Fraktion** erläutert den Hintergrund ihres Antrages. Es gehe in erster Linie darum, die unbestimmten Rechtsbegriffe mit Leben zu füllen, um hier Sicherheit für Verwaltung und Politik zu schaffen. Der **Kämmerer** erläutert, dass dies in der jahrelangen Praxis nach pflichtgemäßem Ermessen der Verwaltung geschehen sei. Er räumt ein, dass die Festlegung von Grenzen sinnvoll sein kann, gibt aber zu bedenken, dass diese nicht dazu führen dürfen, die Verwaltung zu lähmen. Auch im NKF-Weiterentwicklungsgesetz sei erkennbar, dass vor allem im Bereich der Haushaltsführung der Flexibilität immer größere Bedeutung beigemessen wird.

Die vorgeschlagene Regelung in § 7 „Haushaltssicherungskonzept entfällt“ könnte nach Ansicht des **Kämmerers** problematisch sein. So könnten die Banken den Eindruck bekommen, dass es früher ein Haushaltssicherungskonzept gegeben hat, wenn ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass es entfällt.

Hinsichtlich der in § 8 der Haushaltssatzung festzulegenden Wertgrenzen für den Nachtragshaushalt und die zusätzlichen Aufwendungen hält er – vor allem angesichts der Höhe der Ausgleichsrücklage und der Tatsache, dass auch für 2019 mit einem Überschuss gerechnet wird - einen Prozentsatz von 5 % für angemessen. Sogar für Haushaltssicherungskommunen gilt hier ein Satz von 3 % - 5 %.

Anhand verschiedener Szenarien erläutert er die Auswirkung einer zu niedrig festgesetzten Höchstgrenze. Er gibt zu bedenken, dass die Erstellung eines Nachtragshaushaltes fast genauso personalaufwendig ist, wie die eines „normalen“ Haushaltes.

Die **UWG-Fraktion** wirft ein, dass die Handlungsfähigkeit der Verwaltung ein gewichtiges Argument sei. Durch die fast monatlich gelieferten Berichte sei ihrer Meinung nach die Einbindung der gemeindlichen Gremien ausreichend gewährleistet. Die Festlegung der Grenzen hilft nicht bei der Bewältigung der finanziellen Probleme.

Die **CDU-Fraktion** schließt sich den Argumenten der **Grüne-Fraktion** an. Die Festlegung der Grenzen und die Liquidität der Gemeinde haben zwangsläufig nichts miteinander zu tun. Sie hält die Ausgestaltung der unbestimmten Rechtsbegriffe für wichtig, wobei die tatsächliche Höhe der Grenzen in dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Umfang akzeptabel sei.

Die **Grüne-Fraktion** erklärt, dass sie vom Ergebnis her den in der Beschlussempfehlung genannten Werten – vor allem im Hinblick auf die derzeitige finanzielle Situation – ebenfalls zustimmen könne.

Der **Kämmerer** weist darauf hin, dass die Haushaltssatzung jährlich neu beschlossen wird und hierüber dann auch jährlich neu beschlossen werden kann.

Die **Grüne-Fraktion** hält die derzeit geltenden Deckungsregelungen insbesondere für Baumaßnahmen nicht für sinnvoll.

Herr Wilmers erläutert kurz die Systematik der Deckungskreise. Diese ermöglichen auch jetzt nicht, dass konsumtive Aufwendungen mit investiven Auszahlungen deckungsfähig sind.

Die Deckungskreise sind nach Sachzusammenhängen gebildet worden. Eine produktübergreifende Deckungsfähigkeit macht vor allem bei Baumaßnahmen einen Sinn. Dies erläutert er an einem Beispiel aus dem Vorjahr: so konnten (noch) nicht benötigte Mittel für den Schulbau auf dringend erforderliche Maßnahmen umgebucht werden. Diese Entscheidung sei durch den Gemeinderat getroffen worden.

Auch geht das NKF Weiterentwicklungsgesetz inzwischen so weit, dass die Deckung nicht zwingend im laufenden Haushaltsjahr gewährleistet sein muss, sondern eine Deckung in kommenden Jahren ausreicht.

Teilweise macht es auch Sinn einen Deckungskreis zu ziehen, der nicht das gesamte Produkt erfasst. So haben die Schulen und die Feuerwehr innerhalb der Produkte eigene Budgets, die sie bewirtschaften können. Überschüsse und Defizite werden in die kommenden Jahre vorgetragen.

Beschluss:

Einstimmig

Die vorzulegende Haushaltssatzung der Gemeinde Südlohn für das Haushaltsjahr 2019 soll um folgende Punkte erweitert werden:

1. Bestimmung der Wertgrenzen nach § 81 GO NRW nach den obenstehenden Vorschlägen der Verwaltung.
2. Beibehaltung der Deckungskreise (primär und sekundär).
3. Obenstehende Regelung zur unechten Deckungsfähigkeit.

Die Bestimmung einer Wertgrenze nach § 83 GO NRW ist entbehrlich, da die Regelung in der Zuständigkeitsordnung getroffen worden ist.

Eine Wertgrenze für die Einzelveranschlagung von Investitionen wird nicht eingeführt. Es verbleibt bei der bisherigen Praxis.

Bezüglich der über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen wird die gesetzliche Regelung für ausreichend erachtet.

**TOP 4.: 2. NKF-Weiterentwicklungsgesetz
Antrag der Grüne-Fraktion Südlohn-Oeding vom 07.10.2018**

Sitzungsvorlage-Nr.: 145/2018

Hintergrund der Anfrage der **Grüne-Fraktion** war, eine Erläuterung der Auswirkungen des NKF-Weiterentwicklungsgesetzes auf den Haushalt der Gemeinde Südlohn zu erhalten.

Der **Kämmerer** erläutert, dass die Regelungen erst für den Haushaltsplan 2020 gelten, da theoretisch der Haushaltsplan für das Jahr 2019 im Jahr 2018 zu verabschieden ist und das Gesetz erst später in Kraft tritt. Der Haushaltsplan für das Jahr 2019 wird daher nach dem noch geltenden Recht aufgestellt, wobei durch das NKF-Weiterentwicklungsgesetz für die Haushaltsführung der Gemeinde Südlohn keine wesentlichen Änderungen erfolgen.

Durch die nahezu zeitgleiche Änderung der Gemeindehaushaltsverordnung wird künftig der Vorbericht wieder ausführlicher. So muss z.B. wieder – wie in kameraler Zeit – ein Haushaltsquerschnitt beigefügt werden.

Darüber hinaus reicht künftig ein Beteiligungsbericht anstelle des Gesamtabschlusses aus. Hier hat der Rat zu beschließen, dass ein Gesamtabschluss nicht erstellt werden soll.

Auf Nachfrage der **CDU-Fraktion** wird erläutert, dass unter „Rücksichtnahme auf Abgabepflichtige“ zu verstehen ist, dass insgesamt die Bürger nicht über Gebühr zur Zahlung von Steuern und Abgaben verpflichtet werden dürfen. Die Beitragspflichten für Straßenbau sind von dieser Regelung nicht betroffen. Diese sind auch weiterhin zu erheben. Jedoch hat die Gemeinde auch in der Vergangenheit hier von den Möglichkeiten Gebrauch gemacht, die Abgabenlast z.B. durch Einräumung von Ratenzahlungen oder Eintragung von Sicherungshypotheken verträglich zu gestalten.

Das Verbot, Grundstücke unter Wert zu verkaufen, könnte im Bereich der Vermarktung der Gewerbegrundstücke eine Rolle spielen. Hier sind sich jedoch die Fraktionen darüber einig, dass eine Subventionierung im Rahmen der geltenden EU-rechtlichen Beihilferegulungen sinnvoll ist, da hierdurch künftig Arbeitsplätze geschaffen und Gewerbesteuererinnahmen generiert werden.

Hinsichtlich der Deckung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen wird erläutert, dass nach wie vor der Kämmerer hierüber entscheidet, soweit der Rat nichts anderes bestimmt. Die Deckung ist nach Ansicht des Kämmerers spätestens im Finanzplanungszeitraum zu gewährleisten, realistischer ist jedoch die Deckung im Folgejahr.

Beschluss:

Kenntnisnahme

TOP 5.: Antrag der Grüne Fraktion betr. Prüfung von Fördermöglichkeiten im Bereich Kultur und Engagement

Sitzungsvorlage-Nr.: 148/2018

Der Fachbereichsleiter Zentrale Dienste, **Herr Stöttke**, erläutert, dass zum Teil die Vereine über die Fördermöglichkeiten bereits über ihre Spitzenverbände informiert sind und hiervon auch Gebrauch machen. Laufende Aufwendungen sind über die Programme nicht förderfähig. Allein hinsichtlich des Punktes „Heimatpreis“ wäre hier unter Umständen auch die Gemeinde antragsberechtigt. Unter dem Stichwort Heimatfonds könne er sich die Skulptur im Kreisel vorstellen und als Heimatzeugnis die Mühle Menke.

Die Umsetzung des Heimatpreises bereits zum Antragsjahr 2019 ist aus seiner Sicht schwierig, da nicht zuletzt die Kriterien für die Auswahl der Preisempfänger zunächst zu entwickeln sind. Denkbar wäre dies daher ab 2020, sobald das Land die entsprechenden Vorgaben hierzu gemacht hat. Eine breite Information der Vereine und der Bevölkerung über dieses Förderprogramm erfolgt in der nächsten Ausgabe des „Schlinge-Magazins“. Punkt 1 und 3 des Antrages der **Grünen-Fraktion** wären damit bereits umgesetzt.

Die **Grüne-Fraktion** könnte sich eine Ehrung der ehrenamtlich Tätigen (z.B. im Besuchsdienst des Henricus Stiftes oder im Bürgerbusverein) in einem kleinen Rahmen außerhalb der großen Ehrenamtsgala vorstellen. Hierüber sollte jedoch im Sport-/Kulturausschuss beraten werden.

Beschluss: Einstimmig

1. Alle Akteure, die auf dem Gemeindegebiet aktiv sind, die eine mögliche Förderung im Rahmen des „Heimat-Scheck“ in Anspruch nehmen könnten, sind sofort über mögliche Fördermöglichkeiten und Antragsbedingungen zu informieren.
2. Der Rat der Gemeinde Südlohn spricht sich dafür aus, den „Heimat-Preis“ zu verleihen. Er beauftragt den Kultur- und Sportausschuss, in seiner nächsten Sitzung entsprechende Preiskriterien zu entwickeln. Diese sollen sodann vom Rat verabschiedet werden. Die Verwaltung wird, nach Erfüllung der Vorgaben, beauftragt, einen entsprechenden Antrag auf Förderung zu stellen.
3. Die Förderbedingungen der drei Elemente Heimat-Fonds, Heimat-Werkstatt und Heimat-Zeugnis werden von der Verwaltung im Rahmen der nächsten HFA-Sitzung vorgestellt. In dieser soll dann über eine entsprechende Empfehlung zur Einführung beraten werden.

TOP 6.: Mitteilungen und Anfragen

6.1.: Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Offene Ganztagschule an beiden Grundschulen der Gemeinde Südlohn

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Auf Anfrage der **CDU-Fraktion** erläutert **Herr Stöttke**, dass die GPA in einem zwischenzeitlich stattgefundenen Termin 2 Satzungsvorschläge unterbreitet habe, nach denen jetzt die neue Satzung über die Erhebung der OGS-Beiträge erarbeitet werden soll. Das GPA favorisiert eindeutig eine einkommensabhängige Lösung.

Die **Grüne-Fraktion** findet die Formulierung der Befreiungstatbestände zu unklar. Es ist nicht deutlich, ob diese für Empfänger aller Sozialleistungen (also auch unter Umständen bei sehr hohem Arbeitslosengeld) gelten soll. Diese Regelung ist nach Auskunft von **Herrn Stöttke** nur dann problematisch, wenn tatsächlich Festbeträge erhoben werden. Genaue Formulierungen werden mit dem neuen Satzungsentwurf vorgestellt.

Beschluss: -/-

6.2.: Einbringung des Haushaltes

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Die **CDU-Fraktion** erkundigt sich nach der Möglichkeit, den Haushaltsplan bereits im November einzubringen. Dies wäre sinnvoll, um Baumaßnahmen schneller auszuschreiben.

Hier wird seitens der Verwaltung erläutert, dass teilweise wesentliche Daten erst im November vorliegen. Z.B. ist erst letzte Woche die Regionalisierung der Steuerdaten erfolgt. Der dadurch entstehende Mehrertrag ist für die Gemeinde nicht unerheblich.

Beschluss: -/-

Christel Sicking
Stellv. Ausschussvorsitzende

Birgit Küpers
stellv. AL 20